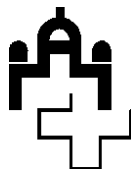


Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



20.010 ns Delegation EFTA/Europäisches Parlament. Bericht

Bericht der Schweizer Delegation beim Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder und für die Beziehungen zum Europäischen Parlament vom 31. Dezember 2019

Die Delegation vertritt das Schweizer Parlament im Parlamentarierkomitee der Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA-Länder). Zudem ist sie für die Beziehungen zum Europäischen Parlament zuständig.

Gemäss Artikel 9 Absatz 2 der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen des Parlamentes (VPiB) unterbreitet die Delegation den eidgenössischen Räten ihren Jahresbericht für das Jahr 2019.

Antrag der Delegation

Wir bitten Sie, vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Im Namen der Delegation
Der Präsident:

Eric Nussbaumer

Inhalt des Berichtes

- 1 Mandat und Zusammensetzung der Delegation
- 2 Tätigkeiten der Delegation im Berichtsjahr
- 3 Ausblick auf die kommenden Delegationsaktivitäten
- 4 Schlussfolgerungen der Delegation
- 5 Reisekosten der Delegation



1 Mandat und Zusammensetzung der Delegation

Das Mandat der Schweizer Delegation beim Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder und für die Beziehungen zum Europäischen Parlament (EFTA/EU-Delegation) stützt sich rechtlich auf zwei verschiedene Artikel der Verordnung der Bundesversammlung über die Pflege der internationalen Beziehungen des Parlamentes (VPiB) vom 28. September 2012 (SR 171.117).

1.1 Parlamentarierkomitee der Europäischen Freihandelsassoziation

Gemäss Artikel 2 Buchstabe c VPiB vertritt sie die Bundesversammlung im Parlamentarierkomitee der Länder der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA). Dieses Komitee setzt sich aus den ständigen parlamentarischen Delegationen der vier EFTA-Staaten Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz zusammen. Es trifft sich mindestens zwei Mal pro Jahr zu ordentlichen Sitzungen, an denen die EFTA-Drittstaatenbeziehungen und laufende Freihandelsverhandlungen, aber auch Herausforderungen in der multilateralen Handelsordnung oder Fragen der Nachhaltigkeit in den Handelsbeziehungen thematisiert werden. Gleichzeitig bieten diese Sitzungen des EFTA-Parlamentarierkomitees Gelegenheit zum Informations- und Erfahrungsaustausch über wichtige Gesetzgebungsprozesse in der EU und deren Auswirkungen auf die EFTA-Staaten.

Als beratendes Organ der EFTA verfolgt das Parlamentarierkomitee die Entwicklungen in laufenden Freihandelsverhandlungen und sorgt für eine bessere parlamentarische Verankerung dieser Bemühungen. Das Engagement der Abgeordneten in der politischen Debatte in ihren Heimatstaaten und der Austausch mit der Zivilgesellschaft trägt dazu bei, diese komplexen und zum Teil abstrakten Themen und Zusammenhänge näher an die Bürgerinnen und Bürger zu tragen.

Das EFTA-Parlamentarierkomitee setzt sich auch mit der Funktionsweise des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) auseinander. In dieser Rolle kommt das Komitee zweimal jährlich mit einer Delegation des Europäischen Parlaments zu einem Treffen des Gemischten Parlamentarischen EWR-Ausschusses zusammen. In diesem Format verfügt die Schweizer Delegation über einen Beobachterstatus.

1.2 Beziehungen zum Europäischen Parlament

Gestützt auf Artikel 3 Absatz 1 VPiB ist die EFTA/EU-Delegation auch für die Pflege der Beziehungen der Bundesversammlung zum Europäischen Parlament zuständig. Zu diesem Zweck finden regelmässige interparlamentarische Treffen mit der für die Schweiz zuständigen Delegation des Europäischen Parlaments statt.

Seit 2014 vertritt die EFTA/EU-Delegation die Bundesversammlung zudem an den Treffen der Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten (COSAC). Die COSAC ist ein parlamentarisches Gremium auf EU-Ebene, das viermal jährlich zusammentritt. Sie setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten sowie des Europäischen Parlaments zusammen. Die EFTA/EU-Delegation verfügt auch in diesem Organ über einen Beobachterstatus mit Rederecht.

1.3 Zusammensetzung

Als ständige Delegation der Bundesversammlung setzt sich die Delegation aus vier Mitgliedern des Ständerates (davon zwei Ersatzmitglieder) und sechs Mitgliedern des Nationalrates (davon drei



Ersatzmitglieder) zusammen. Im Jahr 2019 waren dies (bis zum Ende der 50. Legislaturperiode am 2. Dezember 2019) folgende Ratsmitglieder:

- Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP, ZH), Präsident
- Nationalrat Eric Nussbaumer (SP, BL), Vizepräsident
- Nationalrat Thomas Aeschi (SVP, ZG), ordentliches Mitglied
- Ständerat Hannes Germann (SVP, SH), ordentliches Mitglied
- Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH), ordentliches Mitglied
- Ständerat Didier Berberat (SP, NE), Ersatzmitglied
- Nationalrat Hans Egloff (SVP, ZH), Ersatzmitglied
- Ständerat Konrad Graber (CVP, LU), Ersatzmitglied
- Ständerat Damian Müller (FDP, LU), Ersatzmitglied
- Nationalrat Jean-François Rime (SVP, FR), Ersatzmitglied

2 Tätigkeiten der Delegation im Berichtsjahr

Die folgenden Ausführungen gehen auf die wichtigsten Themen ein, mit denen sich die Delegation im Berichtsjahr auseinandergesetzt hat. Für eine vollständige Übersicht über die Tätigkeiten der Delegation inklusive der jeweiligen Teilnehmenden sei auf die Liste in *Anhang I* verwiesen. *Anhang II* enthält die Links auf alle im Jahr 2019 veröffentlichten Medienmitteilungen der Delegation.

2.1 EFTA-Parlamentarierkomitee

Die Präsidentschaft des Parlamentarierkomitees hatte 2019 Island inne. Das Komitee tagte unter dem Vorsitz des isländischen Abgeordneten Smári McCarthy am 24. Juni 2019 in Malbun (Liechtenstein) und am 20. November 2019 in Brüssel. Bei diesen Treffen kam das Parlamentarierkomitee auch zweimal mit den EFTA-Ministerinnen und -Ministern sowie mit dem Konsultativkomitee der EFTA zusammen. Letzteres besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Sozialpartner sämtlicher EFTA-Mitgliedländer.

2.1.1 Neues Modellkapitel der EFTA zum Thema «Handel und nachhaltige Entwicklung»

Das Juni-Treffen stand im Zeichen der Diskussionen über das neue EFTA-Modellkapitel zum Thema «Handel und nachhaltige Entwicklung». In den vorangegangenen zwei Jahren hatte eine EFTA-interne Arbeitsgruppe dieses Modellkapitel überarbeitet, es an die neuen Gegebenheiten und Erwartungen der Zivilgesellschaft angepasst und im Ambitionsniveau gestärkt. Gemäss neuem Modelltext sollen bestehende Nachhaltigkeitsverpflichtungen der jeweiligen Handelspartner bekräftigt werden; gleichzeitig gilt es, die Nachhaltigkeitsbemühungen auf weitere handelsbezogenen Aspekte und Themen auszuweiten und die institutionellen Mechanismen sowie den Einbezug der Zivilgesellschaft zu stärken. Dahinter steht die Überzeugung, dass der Freihandel einen Beitrag zur Erreichung sozialer und ökologischer Standards leisten kann, sei es in Bezug auf nachhaltige Produktion, faire Arbeitsbedingungen, Schutz der Biodiversität oder Bekämpfung des Klimawandels.

Am Treffen mit den EFTA-Ministerinnen und -Ministern im Juni 2019 wurde das überarbeitete Modellkapitel dem Parlamentarierkomitee und dem Konsultativkomitee erstmals vorgestellt. In der Diskussion stiessen die neuen Bestimmungen bei den beratenden Organen der EFTA grundsätzlich



auf Unterstützung. Es wurde jedoch angeregt, den beiden Komitees mehr Zeit einzuräumen, um inhaltlich zu diesem neuen Modelltext Stellung nehmen zu können.

Die EFTA/EU-Delegation befasste sich in der Folge an ihrer ordentlichen Sitzung vom 19. September 2019 erneut mit dieser Thematik. Sie beschloss, den Abgeordneten aus Norwegen, Island und Liechtenstein konkrete Formulierungen zur Ergänzung des Kapitels vorzuschlagen, damit diese (und allenfalls weitere) dann im Namen des gesamten EFTA-Parlamentarierkomitees den EFTA-Ministerinnen und -Ministern unterbreitet werden können. Ein entsprechendes Schreiben des Parlamentarierkomitees an den Vorsitzenden des EFTA-Rats erfolgte Anfang November 2019. Die angestrebten Ergänzungen betreffen im Kern den Einbezug der Zivilgesellschaft in die Umsetzung des Nachhaltigkeitskapitels und die regelmässige Überprüfung dieser Bestimmungen auf ihre Wirksamkeit hin.

Das Treffen des Parlamentarierkomitees und des Konsultativkomitees mit dem Vorsitzenden des EFTA-Rats, dem norwegischen Handels- und Industrieministers Torbjørn Røe Isaksen, am 20. November 2019 in Brüssel bot Gelegenheit, diese Änderungsvorschläge eingehend zu diskutieren. Der norwegische Minister bestätigte den beiden beratenden Organen, dass sich die EFTA-Staaten zurzeit mit den Ergänzungsvorschlägen auseinandersetzen. Dieses Thema wird das EFTA-Parlamentarierkomitee also auch im Jahr 2020 beschäftigen.

2.1.2 EFTA-Drittstaatenbeziehungen

Das EFTA-Parlamentarierkomitee führt jedes Jahr Drittstaatenbesuche durch, die in Partnerländer führen, mit denen die EFTA in Verhandlungen über ein neues Abkommen oder über die Modernisierung eines bestehenden Abkommens steht. Im Rahmen dieser Besuche haben die Abgeordneten der EFTA-Staaten Gelegenheit, sich aus erster Hand über die Interessenlage der Handelspartner zu informieren und die Positionen der nationalen EFTA-Regierungen auf parlamentarischer Ebene zu bekräftigen. Diese Arbeitsbesuche tragen damit zu einer besseren parlamentarischen Verankerung von laufenden Freihandelsverhandlungen bei.

Im Berichtsjahr führte der Drittstaatenbesuch das EFTA-Parlamentarierkomitee nach Südkorea (23.–26. April 2019). In den offiziellen Arbeitsgesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen koreanischen Ministerien und mit Abgeordneten der koreanischen Nationalversammlung bekräftigte das Parlamentarierkomitee das Interesse der EFTA-Staaten an einer Modernisierung des seit 2006 bestehenden Freihandelsabkommens. Das Abkommen hat wesentlich zur Stärkung der bilateralen Handelsströme beigetragen, entspricht mittlerweile aber nicht mehr den neusten Standards. Es besteht entsprechend Potential zur Vertiefung und zur Ausweitung der bestehenden Partnerschaft. Die Tatsache, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der vier EFTA-Staaten diesen Wunsch gemeinsam vortrugen, wurde von den koreanischen Gesprächspartnern gewürdigt. Der Arbeitsbesuch des Parlamentarierkomitees trug dazu bei, die EFTA und ihre Anliegen prominenter auf dem Radar der koreanischen Entscheidungsträger zu platzieren.

Vom 26. bis zum 31. Mai 2019 führte die EFTA/EU-Delegation zudem einen bilateralen Arbeitsbesuch, d. h. einen Besuch, der nicht im Rahmen des EFTA-Parlamentarierkomitees stattfand, nach Kolumbien und Peru durch. Die seit 2011 bestehenden Freihandelsabkommen EFTA–Kolumbien und EFTA–Peru sind umfassend und die Anwendung verläuft zur Zufriedenheit der Vertragsparteien. Die Delegation bekräftigte bei ihrem Besuch in den beiden Ländern denn auch



in erster Linie den Wunsch zur Aufnahme eines Kapitels über «Handel und nachhaltige Entwicklung» nach dem Vorbild der jüngsten EFTA-Abkommen.

2.1.3 Brexit

Der Brexit und seine handelspolitischen Auswirkungen sind an den Treffen des EFTA-Parlamentarierkomitees wie auch des Gemischten Parlamentarischen EWR-Ausschusses ein Dauerthema. Der Austritt des UK hat weitreichende Auswirkungen auf die (Handels-)Beziehungen mit den EFTA-Staaten. Die weiteren Entwicklungen in den Beziehungen zwischen dem UK und der Europäischen Union sind aber auch von direkter europapolitischer Relevanz für die Schweiz.

Vor diesem Hintergrund setzt sich die EFTA/EU-Delegation seit dem britischen Referendum gezielt mit dem Brexit und den künftigen Handelsbeziehungen zwischen der Schweiz und dem UK auseinander. Zwischen Oktober 2017 und Oktober 2019 weilte die Delegation insgesamt vier Mal zu offiziellen Arbeitsbesuchen in London. Dank dieser Besuche verfügen die Delegationsmitglieder über gute Dossierkenntnisse und Kontakte zu britischen Abgeordneten.

Der jüngste Besuch führte die Delegation vom 14 bis zum 16. Oktober 2019 nach London. Im Mittelpunkt der Gespräche mit verschiedenen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, Vertreterinnen und Vertretern der zuständigen Ministerien sowie Think Tank-Mitarbeitenden standen die möglichen weiteren Brexit-Entwicklungen, die Absichten der britischen Regierung und das innenpolitische Kräfteverhältnis im UK. Darüber hinaus kamen die laufenden handelspolitischen Gespräche zwischen der Schweiz und dem UK sowie der Stand der bundesrätlichen «Mind the Gap»-Strategie zur Sprache. Dabei wurden auch verschiedene Optionen zur möglichen Intensivierung der schweizerisch-britischen Beziehungen sowie die Wechselwirkungen zwischen den Brexit-Verhandlungen und dem institutionellen Abkommen erörtert.

2.1.4 Herausforderungen in der multilateralen Handelsordnung

Das EFTA-Parlamentarierkomitee setzt sich regelmässig mit den Herausforderungen in der multilateralen Handelsordnung auseinander. Im Rahmen ihrer Novembersitzung in Brüssel trafen sich die Abgeordneten der EFTA-Staaten mit verschiedenen Vertreterinnen und Vertretern des Europäischen Parlaments, der Europäischen Kommission sowie von Think Tanks, um sich mit diesen über die jüngsten Entwicklungen des handelspolitischen Umfelds und über die Aussenhandelspolitik der EU auszutauschen. Im Mittelpunkt dieses Treffens standen namentlich die WTO-Krise, die handelspolitischen Spannungen zwischen den USA und China sowie die Handelsgespräche zwischen der EU und den USA.

Die vier EFTA-Staaten verfügen alle über eine stark exportorientierte Volkswirtschaft und weisen einen kleinen Binnenmarkt auf. Sie sind damit in besonderer Weise auf verlässlichen, diskriminierungsfreien Zugang zu ausländischen Märkten angewiesen. Das im Rahmen der WTO entwickelte Handelssystem soll diese Handelsbedingungen für alle Mitglieder gewährleisten. Die Krise der WTO und die Blockade des Streitbeilegungsverfahrens trifft die EFTA damit in besonderem Masse.

Gleichzeitig konstatierten die EFTA-Abgeordneten, dass das internationale Handelsumfeld immer mehr von grossen Handelsblöcken – den USA, der EU und China – dominiert wird. Handelskonflikte zwischen diesen grossen Blöcken verursachen unweigerlich Kollateralschäden für kleinere Akteure. Diesen droht, zwischen den Blöcken aufgerieben zu werden.



Die EFTA setzt sich deshalb dafür ein, mit Reformen die Funktionsfähigkeit der WTO und des regelbasierten, internationalen Handelssystems zu erhalten und zu stärken.

2.2 Beziehungen zum Europäischen Parlament

Für die Pflege der Beziehungen zum Europäischen Parlament stehen der EFTA/EU-Delegation verschiedene Formate zur Verfügung. Seit 1981 trifft sich die Delegation jährlich zu bilateralen Treffen mit der für die Beziehungen zur Schweiz zuständigen Delegation des Europäischen Parlamentes (DEEA-Delegation). Am 27. und 28. November 2019 fand in Strassburg das 38. interparlamentarische Treffen Schweiz–EU statt.

Die DEEA-Delegation ist auch für die Beziehungen des Europäischen Parlaments zu Norwegen, Island und dem EWR zuständig. Sie vertritt das Europäische Parlament in den Treffen des Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschusses, wodurch sich für die EFTA/EU-Delegation weitere Gelegenheiten zur bilateralen Kontaktpflege ergeben.

Schliesslich vertritt die EFTA/EU-Delegation die Bundesversammlung auch an den viermal jährlich stattfindenden Konferenzen der Ausschüsse für Europa-Angelegenheiten der nationalen Parlamente in der Europäischen Union (COSAC).

2.2.1 Die neu konstituierte DEEA-Delegation und die gemeinsame Erklärung der Delegationspräsidenten zum institutionellen Abkommen

2019 fanden sowohl in der EU als auch in der Schweiz Parlamentswahlen statt. Auf beiden Seiten galt es in der Folge, die parlamentarischen Organe neu zu konstituieren – darunter auch die DEEA- und die EFTA/EU-Delegation.

Die DEEA-Delegation traf sich am 26. September 2019 zu ihrer konstituierenden Sitzung. Sie wählte den Abgeordneten Andreas Schwab (EPP, Deutschland) zu ihrem neuen Vorsitzenden. Zu den Vizevorsitzenden wurden die Abgeordneten Sven Giegold (Grüne, Deutschland) und Claudia Gamon (Renew Europe, Österreich) ernannt. Damit besteht das Präsidium der DEEA-Delegation gänzlich aus Abgeordneten der Nachbarstaaten (und Nachbarregionen) der Schweiz.

Am 9. Oktober 2019 kam es in Brüssel zu einem ersten Treffen zwischen dem neuen Vorsitzenden der DEEA-Delegation und dem Präsidenten sowie dem Vizepräsidenten der EFTA/EU-Delegation. Die beiden Seiten diskutierten bei dieser Gelegenheit die europapolitischen Entwicklungen der vergangenen Monate. Sie erörterten insbesondere das Risiko einer Negativspirale in den bilateralen Beziehungen infolge der ausstehenden Klärungen zum institutionellen Abkommen, der Nicht-Verlängerung der Börsenäquivalenz und der anhaltenden Diskussionen über den zweiten Schweizer Erweiterungsbeitrag. Die beiden Delegationspräsidenten vereinbarten, im Sinne eines Beitrags zur Deeskalation die Möglichkeit einer gemeinsamen Erklärung zum institutionellen Abkommen zu prüfen.

Am Treffen des Gemischten Parlamentarischen EWR-Ausschusses vom 29. und 30. Oktober 2019 überreichte der Präsident der EFTA/EU-Delegation dem DEEA-Präsidenten einen ersten Entwurf einer solchen Erklärung. In der Folge entschied die Mehrheit der EFTA/EU-Delegation, das Vorhaben einer gemeinsamen Erklärung zu unterstützen. Auf der Grundlage des Entwurfs wurde daraufhin mit dem Vorsitzenden Andreas Schwab ein gemeinsamer Text der Delegationspräsidenten erarbeitet.



Die gemeinsame Erklärung der beiden Delegationspräsidenten zum institutionellen Abkommen wurde am 38. interparlamentarischen Treffen Schweiz–EU vom 27. und 28. November 2019 in Strassburg verabschiedet. Auf Schweizer Seite schlossen sich fünf weitere Delegationsmitglieder der Erklärung an, auf Seiten der DEEA-Delegation insgesamt 15 weitere Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEP).

Die Erklärung betont eingangs die Bedeutung der engen, breit gefächerten und umfassenden Partnerschaft zwischen der Schweiz und der EU. Sie hebt hervor, dass ein Scheitern des institutionellen Abkommens im innenstaatlichen Genehmigungsprozess das bilaterale Vertragswerk zwischen der Schweiz und der EU untergraben, zu einer Erosion der bilateralen Beziehungen führen und damit die Rechtssicherheit und wirtschaftliche Dynamik im bilateralen Verhältnis auf Jahre belasten könnte. Ferner warnt sie vor einer möglichen Negativspirale in den bilateralen Beziehungen und fordert den Bundesrat und die Europäische Kommission zu einem einvernehmlichen Vorgehen auf.

Im Sinne von konkreten weiteren Schritten ersucht die Erklärung die Bundesversammlung, zum zweiten Schweizer Erweiterungsbeitrag ohne weitere Verzögerungen einen positiven Entscheid herbeizuführen. Im Weiteren lädt sie die Europäische Kommission ein, den Entscheid zur Nicht-Verlängerung der Börsenäquivalenz zu überdenken, und fordert sie die beiden Parteien auf, die Diskussionen über die Klärungen in den drei Bereichen des institutionellen Abkommens unverzüglich aufzunehmen und möglichst rasch zu einem Abschluss zu bringen. Schliesslich bringt sie die Hoffnung zum Ausdruck, dass das institutionelle Abkommen möglichst bald unterzeichnet werden kann.

2.2.2 Pflege der Beziehungen zu weiteren europäischen Partnern

Am 13. März 2019 traf sich die EFTA/EU-Delegation am Rande des Treffens des Gemischten Parlamentarischen EWR-Ausschusses in Strassburg mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, David McAllister (EPP, Deutschland). Auf EU-Seite nahmen auch die MEP Andreas Schwab (EPP, Deutschland) und Doru Frunzuliță (S&D, Rumänien) am Gespräch teil. Die Diskussion drehte sich insbesondere um die damals laufenden Konsultationen in der Schweiz zum institutionellen Abkommen. Die beiden Seiten erörterten auch den damals vorliegenden Entwurf einer Empfehlung des Europäischen Parlaments zum institutionellen Abkommen, der im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten vorberaten wurde. Die Empfehlung, die schliesslich am 26. März 2019 vom Europäischen Parlament verabschiedet wurde, liegt inhaltlich nahe an den Schlussfolgerungen des Rates der EU zu den Beziehungen mit der Schweiz vom 19. Februar 2019. Die Empfehlung des Parlaments drängt namentlich auf einen schnellstmöglichen Abschluss des institutionellen Abkommens, um hinsichtlich der Teilnahme der Schweiz am EU-Binnenmarkt für Homogenität und Rechtssicherheit zu sorgen. Der Abschluss eines solchen Abkommens sei weiterhin Voraussetzung für die Weiterentwicklung des sektorspezifischen bilateralen Ansatzes. Die Empfehlung fordert die Parteien auf, «so bald wie möglich ein interparlamentarisches Treffen der Rechtsetzungsinstanzen sowohl der EU als auch der Schweiz zu veranstalten, bei dem alle Fragen in Zusammenhang mit diesem Abkommen erörtert werden können». Diese Absicht wird in der gemeinsamen Erklärung der Präsidenten der DEEA- und der EFTA/EU-Delegation vom 27. November 2019 aufgegriffen und bekräftigt.

Am 9. Oktober 2019 weilten der Präsident und der Vizepräsident der EFTA/EU-Delegation gemeinsam mit den Vorsitzenden der parlamentarischen Delegationen aus Norwegen, Island und Liechtenstein in Brüssel, um sich ein erstes Mal mit den neugewählten Vorsitzenden von



verschiedenen Ausschüssen des Europäischen Parlaments zu treffen, die für die EFTA-Staaten besonders relevant sind. Die Abgeordneten der EFTA führten in diesem Zusammenhang Gespräche mit den Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (AFET), des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO), des Ausschusses für internationalen Handel (INTA) und des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr (TRAN). Der eintägige Besuch zielte darauf ab, die frischgewählten MEP und Vorsitzenden der relevanten Ausschüsse für die engen und wichtigen Beziehungen mit den einzelnen EFTA-Staaten zu sensibilisieren. Im Gespräch mit dem Vorsitzenden des AFET-Ausschusses, David McAllister, brachte die Schweizer Delegation das institutionelle Abkommen zur Sprache und betonte die Wichtigkeit von stabilen und geregelten Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU. David McAllister sicherte daraufhin zu, seinen Ausschuss mit dieser Frage befassen zu wollen. Der AFET-Ausschuss führte schliesslich am 6. November 2019 eine Aussprache mit Christian Leffler, dem stellvertretenden Generalsekretär im Europäischen Auswärtigen Dienst, zum institutionellen Abkommen durch.

Mit Christian Leffler, dem Chefunterhändler der EU für das institutionelle Abkommen, traf sich die EFTA/EU-Delegation zudem am 20. November 2019 zu einem bilateralen Austausch in Brüssel. Zur Sprache kamen die Entwicklungen seit der Beendigung der Verhandlungen im November 2018, die von Schweizer Seite angestrebten Klärungen, die Wechselwirkungen mit den Verhandlungen über den britischen Austritt aus der EU sowie der damals bevorstehende Entscheid der Bundesversammlung zum zweiten Schweizer Erweiterungsbeitrag.

2.2.3 Konferenz der Ausschüsse für Europa-Angelegenheiten der nationalen Parlamente in der Europäischen Union (COSAC)

Die Konferenz der Ausschüsse für Europa-Angelegenheiten der nationalen Parlamente in der Europäischen Union (COSAC) verfolgt das Ziel, die Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten zu stärken. Die Rolle der COSAC wurde im Vertrag von Amsterdam von 1997 formell anerkannt. Seither kann die Konferenz dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union oder der Europäischen Kommission Beiträge vorlegen. Die Organisation von thematischen Debatten oder Seminaren, zum Beispiel zur Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik, gehört ebenfalls zu ihren Aufgaben.

Die Schweiz nimmt seit 2014 mit Sondergaststatus an den Tagungen der COSAC teil, wodurch ihr auch das Rederecht an den Plenarsitzungen zusteht. Im Berichtsjahr vertrat die EFTA/EU-Delegation die Bundesversammlung an den beiden COSAC-Treffen in Bukarest sowie an einem der beiden Treffen in Helsinki¹. Die COSAC-Treffen stellen eine nützliche Plattform für die Kontaktpflege mit Abgeordneten aus den EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments dar. Sie können auch zur Sensibilisierung für Schweizer Anliegen genutzt werden.

Am COSAC-Treffen vom 23. bis zum 25. Juni 2019 in Bukarest nutzten die Delegationsmitglieder die Gelegenheit, in ihren Stellungnahmen im Plenum auf die Bedeutung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU, auf den Stand im institutionellen Dossier und auf die Auswirkungen der Nicht-Verlängerung der Börsenäquivalenz hinzuweisen. Die Ratsmitglieder erwähnten auch die starke Stellung der Schweiz als weltweit dritt wichtigste Handelspartnerin der EU und zweit wichtigste Investorin. Sie betonten die starke Verflechtung der Schweiz mit dem EU-Binnenmarkt (die sich zum Beispiel an der Anzahl der Grenzgängerinnen und Grenzgänger sowie

¹ Am zweiten Treffen in Finnland vom 1. bis zum 3. Dezember 2019 war keine Teilnahme möglich, da dieses mit dem Beginn der 51. Legislaturperiode und der Neukonstituierung der Bundesversammlung zusammenfiel.



der in der Schweiz ansässigen EU-Bürgerinnen und Bürgern zeigt), erläuterten das Schweizer Erfolgsmodell der dualen Berufsbildung und erwähnten die Absicht, die Zusammenarbeit in diesem Bereich mit den Empfängerstaaten eines möglichen zweiten Erweiterungsbeitrags auszubauen. Betont wurden auch die gegenseitigen Vorteile einer engen Kooperation zwischen der Schweiz und der EU im Bereich Forschung und Innovation. All diese Zusammenarbeitsbereiche seien durch die drohende Eskalation in den bilateralen Beziehungen infolge Nicht-Verlängerung der Börsenäquivalenz aber in Frage gestellt. Dies illustriere, wie wichtig es sei, ein Zeichen zur Beruhigung der Situation zu setzen.

Die Schweizer Delegation konnte zudem erreichen, dass in die Schlusserklärung der Konferenz ein Absatz zur Schweiz aufgenommen wurde. Die Abgeordneten der 28 EU-Mitgliedstaaten würdigen darin die Bedeutung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU und rufen die beiden Parteien beim institutionellen Abkommen zu einem einvernehmlichen Vorgehen auf (« 3.7 *La COSAC prend acte du résultat des négociations entre l'Union européenne et la Suisse sur l'accord-cadre institutionnel et, considérant l'importance des relations bilatérales, invite les parties à une démarche consensuelle* »).

2.3 Neu-Konstituierung der EFTA/EU-Delegation

Im Zuge des Legislaturwechsels konstituierte sich auch die EFTA/EU-Delegation neu. An der konstituierenden Sitzung vom 18. Dezember 2019 wurde Nationalrat Eric Nussbaumer (SP, BL) für die nächsten zwei Jahre zum neuen Delegationspräsidenten und Ständerat Benedikt Würth (CVP, SG) zum neuen Vizepräsidenten gewählt. Im Vergleich zur vorangehenden Legislaturperiode sind die Hälfte der Delegationsmitglieder neu. Auch sind zum ersten Mal fünf Fraktionen in der Delegation vertreten.

Die Delegation setzt sich in der 51. Legislaturperiode wie folgt zusammen:

- Nationalrat Eric Nussbaumer (SP, BL), Präsident
- Ständerat Benedikt Würth (CVP, SG), Vizepräsident
- Nationalrat Thomas Aeschi (SVP, ZG), ordentliches Mitglied
- Ständerat Hannes Germann (SVP, SH), ordentliches Mitglied
- Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP, ZH), ordentliches Mitglied
- Nationalrat Thomas Matter (SVP, ZH) Ersatzmitglied
- Ständerat Damian Müller (FDP, LU), Ersatzmitglied
- Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (CVP, BL), Ersatzmitglied
- Ständerat Carlo Sommaruga (SP, GE), Ersatzmitglied
- Nationalrat Nicolas Walder (Grüne, GE), Ersatzmitglied

3 Ausblick auf die kommenden Delegationsaktivitäten

Nebst der regelmässig stattfindenden Anlässe im Rahmen des EFTA-Parlamentarierkomitees und der Pflege der Beziehungen zum Europäischen Parlament plant die Delegation, in den kommenden Jahren ein Augenmerk auf folgende Themen zu richten:

3.1 Parlamentarische Mitwirkung in der Europapolitik

Das institutionelle Abkommen sieht eine Dynamisierung der Übernahme von EU-Rechtsentwicklungen durch die Schweiz vor. Die Delegation beabsichtigt, sich vertieft mit der Frage



auseinanderzusetzen, welche Auswirkungen die dynamische Rechtsübernahme gemäss institutionellem Abkommen auf die parlamentarischen Mitwirkungsrechte haben könnte. Zu diesem Zweck sollen Vergleiche mit der Rolle und den Strukturen von nationalen Parlamenten anderer Nicht-EU-Staaten gezogen werden, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind (Norwegen, Island und künftig das Vereinigte Königreich). Auch aus den Erfahrungen der Kantone in der Wahrnehmung ihrer Mitwirkungsrechte in der Europapolitik könnten Erkenntnisse gewonnen werden.

Das institutionelle Abkommen selbst sieht die Schaffung eines gemischten parlamentarischen Ausschusses vor, welcher sich – über die Rechtsentwicklung hinaus – über sämtliche dem Abkommen unterstellten Sachbereiche austauschen kann.

3.2 Interparlamentarische Treffen Schweiz–EU: gemeinsame Stellungnahmen der Delegationspräsidenten und -präsidentinnen

Ähnlich dem Vorgehen, das anlässlich des 38. interparlamentarischen Treffens Schweiz–EU vom 27. und 28. November 2019 gewählt wurde, plant die Delegation, auch in Zukunft gemeinsame Stellungnahmen der Delegationspräsidenten und -präsidentinnen zu aktuellen Themen in den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU zu verabschieden. Eine solche gemeinsame Stellungnahme bedarf der Zustimmung der Delegationsmehrheit.

Damit würde an eine frühere Praxis der Delegation angeknüpft, gemäss der zusammen mit der Delegation des Europäischen Parlaments gemeinsame Erklärungen und gemeinsame Medienmitteilungen veröffentlicht sowie gemeinsame «Points de presse» abgehalten wurden.

3.3 Mitberichte zu europapolitischen Fragen gemäss Artikel 3 Absatz 5 VPiB

Die EFTA/EU-Delegation beabsichtigt in Zukunft, zu europapolitischen Fragen, die in der Bundesversammlung behandelt werden, in der Regel einen Mitbericht zu erstellen, so wie dies in Artikel 3 Absatz 5 VPiB vorgesehen ist. Von dieser Möglichkeit machte die Delegation bis anhin wenig Gebrauch.

3.4 Pflege der Beziehungen zu europäischen Gesprächspartnern

Im Rahmen des EFTA-Parlamentarierkomitees wie auch in bilateralen Formaten wird weiterhin eine aktive Pflege der Beziehungen zu den relevanten Akteuren auf Seiten der EU angestrebt. Diese Beziehungspflege soll nebst der DEEA-Delegation und den COSAC-Teilnehmenden vermehrt auch weitere für die Schweiz wichtige Akteure umfassen. Dazu zählen beispielsweise Vorsitzende der relevanten Ausschüsse des Europäischen Parlaments, Berichterstatterinnen und Berichterstatter, Schattenberichterstatterinnen und -berichterstatter sowie die Koordinatorinnen und Koordinatoren der europäischen Fraktionen in diesen Ausschüssen.

4 Schlussfolgerungen der Delegation

Wie eingangs erwähnt, nimmt die EFTA/EU-Delegation ein zweigeteiltes Mandat wahr: Zum einen vertritt sie die Bundesversammlung im EFTA-Parlamentarierkomitee, zum anderen ist sie zuständig für die Pflege der Beziehungen zum Europäischen Parlament. Aufgrund der vielfachen Überschneidungen zwischen den beiden Aktivitäten ist es weiterhin sinnvoll und zielführend, dass



sich eine einzelne Delegation mit diesen Themenbereichen auseinandersetzt. Die Gesprächspartner auf Seiten der EU bleiben zum Teil dieselben, unabhängig davon, ob ein Treffen im Rahmen der EFTA stattfindet oder rein bilateraler Natur ist. Dies erlaubt es der Delegation, diese Kontakte in regelmässigen Abständen und mit einer gewissen Kontinuität wahrzunehmen. Anlässe im Rahmen des EFTA-Parlamentarierkomitees bieten zudem manchmal Gelegenheit zu Treffen mit hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der EU, die für die EFTA/EU-Delegation auf dem bilateralen Weg nicht ohne Weiteres zugänglich wären.

In den Augen der Delegation ist es von Bedeutung, die Aussensicht auf für die Schweiz wichtige Themen und die Interessenlage von Partnerstaaten besser kennenzulernen (sei dies im Freihandelsbereich oder im Europadossier), um diese Realitäten in der innerschweizerischen Debatte miteinbeziehen zu können. Dazu können die parlamentarische Beziehungspflege und das Knüpfen von internationalen Netzwerken einen Beitrag leisten.

Wie bis anhin wird die Delegation durch die schriftliche und mündliche Berichterstattung an die Aussenpolitischen Kommissionen sicherstellen, dass die Erkenntnisse und Kontakte aus den Reisetätigkeiten der Delegationsmitglieder auch in den Beratungen der zuständigen Sachbereichskommission Eingang finden und der Wissenstransfer gesichert ist².

5 Reisekosten der Delegation

Im Jahr 2019 beliefen sich die Ausgaben der Delegationsmitglieder für Reisen im Rahmen ihres offiziellen Mandats (Flug- und Zugbillette) auf 39'031 Schweizer Franken.

² In der laufenden 51. Legislaturperiode sind sieben der zehn Delegationsmitglieder auch APK-Mitglieder.



Anhang I

Tätigkeiten der EFTA/EU-Delegation im Jahr 2019

Bukarest/Rumänien, 20./21. Januar

Konferenz der Präsidenten der Ausschüsse für Europaangelegenheiten der nationalen Parlamente in der Europäischen Union (COSAC)

Teilnehmende: Berberat, Riklin

Bern/Schweiz, 30. Januar

Ad hoc-Treffen mit Mitgliedern der DEEA-Delegation des Europäischen Parlaments

Teilnehmende: Portmann, Nussbaumer, Aeschi, Germann, Riklin

Brüssel/Belgien, 18./19. Februar

European Parliamentary Week 2019

Teilnehmer: Portmann

Ordentliche Delegationssitzung, 11. März, 13.15–14.45 Uhr

Strassburg/Frankreich, 13./14. März 2019

52. Halbjahrestreffen des Gemischten Parlamentarischen EWR-Ausschusses (mit Mitgliedern der DEEA-Delegation)

Teilnehmende: Portmann, Riklin, Nussbaumer, Berberat

Seoul/Südkorea, 22.–26. April

Arbeitsbesuch des EFTA-Parlamentarierkomitees

Teilnehmende: Portmann, Nussbaumer, Egloff, Graber

Bogota/Kolumbien und Lima/Peru, 27. Mai–1. Juni

Bilateraler Arbeitsbesuch

Teilnehmende: Portmann, Berberat, Riklin, Rime

Ordentliche Delegationssitzung, 11. Juni, 14.15–15.15 Uhr

Bukarest/Rumänien, 23.–25. Juni

Konferenz der Ausschüsse für Europaangelegenheiten der nationalen Parlamente in der Europäischen Union (COSAC)

Teilnehmende: Portmann, Berberat, Riklin

Malbun/FL, 23.–25. Juni

Ordentliche Sitzung des EFTA-Parlamentarierkomitees und EFTA-Ministertreffen

Teilnehmende: Nussbaumer, Egloff, Graber

Helsinki/Finnland, 21./22. Juli

Konferenz der Präsidenten der Ausschüsse für Europaangelegenheiten der nationalen Parlamente in der Europäischen Union (COSAC)

Teilnehmende: Portmann, Nussbaumer

Ordentliche Delegationssitzung, 16. September, 14.15–15.15 Uhr



Brüssel/Belgien, 8./9. Oktober

Treffen des EFTA-Parlamentarierkomitees mit der DEEA-Delegation und Ausschüssen des Europäischen Parlaments

Teilnehmende: Portmann, Nussbaumer

London/UK, 15./16. Oktober

Bilateraler Arbeitsbesuch der EFTA/EU-Delegation zu den Brexit-Entwicklungen

Teilnehmende: Portmann, Aeschi, Berberat, Graber, Riklin

Vaduz/FL, 29.–31. Oktober

53. Halbjahrestreffen des Gemischten Parlamentarischen EWR-Ausschusses (mit Mitgliedern der DEEA-Delegation)

Teilnehmende: Portmann, Nussbaumer, Germann, Graber, Riklin

Brüssel/Belgien, 19./20. November

Ordentliche Sitzung des EFTA-Parlamentarierkomitees, Treffen mit dem EFTA Ministerial Chair und EWR-Ministertreffen

Teilnehmende: Portmann, Nussbaumer, Graber, Riklin

Ausserordentliche Delegationssitzung, 26. November, 12.30–14.30 Uhr

Strassburg/Frankreich, 27./28. November

38. interparlamentarisches Jahrestreffen Schweiz–Europäisches Parlament

Teilnehmende: Portmann, Nussbaumer, Aeschi, Berberat, Germann, Graber, Riklin

Aus den APK: Schneider-Schneiter, Lombardi

Konstituierende Delegationssitzung 2019–2023, 18. Dezember, 13.00–13.30 Uhr



Anhang II

Medienmitteilungen der EFTA/EU-Delegation im Jahr 2019

21. Januar 2019 ([Link](#))

EFTA/EU-Delegation nimmt an Konferenz der COSAC-Vorsitzenden in Bukarest teil

Auf Einladung Rumäniens, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat, findet am 20. und 21. Januar 2019 in Bukarest ein Treffen der Vorsitzenden der Ausschüsse für Europaangelegenheiten der nationalen Parlamente in der Europäischen Union (EU) mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Beitrittskandidaten sowie weiterer Drittstaaten, namentlich den EFTA/EWR-Ländern, statt. Ständerat Didier Berberat (SP, NE) und Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH) nehmen für die Schweizer EFTA/EU-Delegation an dieser Konferenz teil.

12. März 2019 ([Link](#))

EFTA/EU-Delegation nimmt am 52. Treffen des EWR-Parlamentarierkomitees in Strassburg teil

Am 13. März 2019 findet das 52. Treffen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) statt. Das Treffen steht ganz im Zeichen der Europawahl von Ende Mai 2019 und des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU). Auch die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind Gesprächsgegenstand. Die EFTA/EU-Delegation nutzt ihren Aufenthalt beim Europäischen Parlament in Strassburg zudem für ein Treffen mit dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET).

24. Mai 2019 ([Link](#))

Arbeitsbesuch der EFTA/EU-Delegation in Kolumbien und Peru

Vom 26. bis 31. Mai 2019 reisen vier Mitglieder der EFTA/EU-Delegation für einen bilateralen Arbeitsbesuch nach Kolumbien und Peru. Im Zentrum des Aufenthalts in Bogotá und Lima stehen die Wirtschaftsbeziehungen der Schweiz mit den beiden Ländern - insbesondere der Umsetzungsstand der entsprechenden Freihandelsabkommen und deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Region.

20. Juni 2019 ([Link](#))

EFTA/EU-Delegation nimmt an der COSAC-Plenarsitzung in Bukarest teil

Vom 23. bis 25. Juni 2019 findet in Bukarest die Plenarsitzung der Ausschüsse für Europaangelegenheiten der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten (COSAC) statt. Auf Einladung der rumänischen EU-Ratspräsidentschaft nimmt auch die EFTA/EU-Delegation der schweizerischen Bundesversammlung teil: Der Delegationspräsident, Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP, ZH), Nationalrätin Kathy Riklin (CVP, ZH) und Ständerat Didier Berberat (SP, NE) vertreten die Schweiz an dieser interparlamentarischen Konferenz.



21. Juni 2019 ([Link](#))

EFTA-Ministerkonferenz in Malbun

Die Mitglieder des Parlamentarierkomitees der EFTA (Europäische Freihandelsassoziation) werden am 24. Juni 2019 an der EFTA-Ministerkonferenz in Malbun (FL) teilnehmen. Im Zentrum der Gespräche stehen Fragen der nachhaltigen Entwicklung im Rahmen von Freihandelsabkommen sowie die strategische Ausrichtung der EFTA.

25. Juni 2019 ([Link](#))

Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente der EU-Staaten fordern beim institutionellen Abkommen einvernehmliches Vorgehen von EU und Schweiz

Vom 23. bis 25. Juni 2019 fand in Bukarest die 61. Plenarsitzung der Ausschüsse für Europaangelegenheiten der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten (COSAC) statt. In der Schlusserklärung zum Treffen betonten die Parlamentsmitglieder der 28 Mitgliedstaaten die Bedeutung der bilateralen Beziehungen mit der Schweiz und rufen die EU und die Schweiz beim institutionellen Abkommen zu einem einvernehmlichen Vorgehen auf.

19. Juli 2019 ([Link](#))

EFTA/EU-Delegation nimmt an Konferenz der COSAC-Vorsitzenden in Helsinki teil

Am 21. und 22. Juli 2019 findet in Helsinki ein Treffen der Vorsitzenden der Ausschüsse für Europaangelegenheiten der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten (COSAC) statt. Auf Einladung der finnischen EU-Ratspräsidentschaft nimmt auch die EFTA/EU-Delegation daran teil: Der Delegationspräsident, Nationalrat Hans-Peter Portmann (FDP, ZH) und Nationalrat Eric Nussbaumer (SP, BL) vertreten die Schweizerische Bundesversammlung an dieser interparlamentarischen Konferenz.

7. Oktober 2019 ([Link](#))

Das Präsidium der EFTA/EU-Delegation trifft sich in Brüssel mit Vertreterinnen und Vertretern des neugewählten EU-Parlaments

Am 9. Oktober 2019 besuchen die Vorsitzenden der ständigen parlamentarischen Delegationen der EFTA-Staaten Brüssel, um sich mit Vertreterinnen und Vertretern des neu gewählten EU-Parlaments auszutauschen.

11. Oktober 2019 ([Link](#))

Bilateraler Arbeitsbesuch in London

Unter dem Vorsitz von Delegationspräsident Hans-Peter Portmann (FDP, ZH) reisen die Mitglieder der EFTA/EU-Delegation vom 14. bis 16. Oktober 2019 zu bilateralen Gesprächen nach London. Ziel des Aufenthalts ist es, sich aus erster Hand über die zeitlichen, prozeduralen und inhaltlichen Aspekte der EU-Austrittsverhandlungen (Brexit) des Vereinigten Königreichs (UK) zu informieren sowie das zukünftige Verhältnis zwischen der Schweiz und dem UK nach dessen Austritt aus der EU zu erörtern.



28. Oktober 2019 ([Link](#))

EFTA/EU-Delegation nimmt am 53. Treffen des EWR-Parlamentarierkomitees in Vaduz teil

Am 30. Oktober findet das 53. Treffen des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) statt. Es handelt sich dabei um das erste offizielle Zusammentreffen mit den Vertreterinnen und Vertretern des neuen Europäischen Parlaments in diesem Kontext. Neben den aktuellen Herausforderungen im europäischen Wirtschaftsraum werden auch die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU Gesprächsgegenstand sein.

18. November 2019 ([Link](#))

Arbeitstreffen des EFTA-Parlamentarierkomitees in Brüssel

Die Schweizer Delegation im parlamentarischen Ausschuss der EFTA nimmt am 19. November 2019 am Ministertreffen des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) in Brüssel teil. Am 20. November 2019 trifft sich die Delegation dann mit dem Vorsitzenden des EFTA-Rates. Bei beiden Treffen werden aktuelle Herausforderungen in der multilateralen Handelsordnung, die Förderung der nachhaltigen Entwicklung in den Handelsbeziehungen zu Drittstaaten sowie der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) im Mittelpunkt der Gespräche stehen.

26. November 2019 ([Link](#))

38. Interparlamentarisches Treffen Schweiz – EU

Am 27. und 28. November 2019 findet in Strassburg das 38. interparlamentarische Jahrestreffen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union statt. Die Bundesversammlung wird dabei durch die EFTA/EU-Delegation vertreten. Im Mittelpunkt dieses Treffens stehen die engen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sowie der Verhandlungsstand beim institutionellen Rahmenabkommen. Zu letzterem Punkt ist eine gemeinsame Erklärung der Präsidenten der beiden Delegationen geplant.